

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

A. Grundlagen des Unternehmens

I. Geschäftsmodell

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) ist mit ihrer Marke „Stadtwerke Norden“ das Energieversorgungsunternehmen vor Ort. Die WBN umfasst zudem den Geschäftsbereich Tourismus und Bäder. Zentrale Aufgaben der WBN sind die zuverlässige, preisgünstige und ökologisch ausgerichtete Versorgung der Stadt Norden mit Strom, Gas, Wasser und Wärme und der Unterhalt sowie der Betrieb von Tourismuseinrichtungen und Bädern. In Teilbereichen der Samtgemeinde Hage betreibt die WBN die Wasserversorgung.

Neben den vorgenannten Tätigkeiten ist Gegenstand des Unternehmens:

- die Abwasser- und Klärschlamm Entsorgung
- der Betrieb und die Vermarktung von Telekommunikationsanlagen
- der Erwerb, Verwaltung und Vermarktung von bebauten und unbebauten Grundstücken
- technische und kaufmännische Dienstleistungen

wobei in dem zuerst genannten Gegenstand derzeit keine geschäftlichen Aktivitäten unternommen werden.

Technische und kaufmännische Dienstleistungen werden von der WBN angeboten, soweit sie im Zusammenhang mit den weiteren Geschäftszwecken stehen.

Seitens der Gesellschafterin ist gewünscht, eine möglichst hohe und umfassende Wertschöpfung in der Stadt Norden zu generieren.

Die WBN ist eine 100%-ige Tochter der Gebietskörperschaft Stadt Norden. Die WBN hat mit der Stadt Norden Konzessionsverträge für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme im Norder Stadtgebiet sowie einen Wasserkonzessionsvertrag mit der Samtgemeinde Hage geschlossen.

Aufgrund des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) hat die WBN Aktivitäten-Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Strom- und Gasnetz, sowie für den Messstellenbetrieb im Stromnetz aufgestellt.

II. Ziele und Strategien

Die Strategie der WBN zielt auf eine dauerhafte, auskömmliche Umsetzung des Unternehmenszwecks laut Position I. Hierbei sind generelle Trends und Entwicklungen in den beiden Branchen Energieversorgung und Tourismus zu beachten. Im Jahre 2016 wurde für den touristischen Bereich in Zusammenarbeit mit den örtlichen Leistungsträgern ein umfassendes Tourismuskonzept für die Destination Norden-Norddeich erarbeitet. Aus diesem Konzept ergeben sich zahlreiche strategische Maßnahmen auch für die WBN, die sich bereits in Umsetzung finden.

Für den Bereich Versorgung, Stadtwerke Norden, wurde in der Führungsebene eine neue Unternehmensstrategie erarbeitet und weiterentwickelt, die kurz zusammengefasst, sich auf die bisherigen Stärken des Unternehmens in der Energie- und Wasserversorgung auf dem heimischen Markt vor Ort konzentriert, ohne dabei gewinnträchtige innovative zukünftige Geschäftsfelder vollkommen aus den Augen zu verlieren.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Geschäfts- und somit auch Kalenderjahr 2020 war geprägt mit der sich weltweit ausbreitenden Covid-19-Pandemie.

Während im Jahr 2019 noch ein moderates Wirtschaftswachstum zu beobachten war, brach die globale Wirtschaft im Jahr 2020 entgegen den ursprünglich 2019 prognostizierten Wachstumserwartungen signifikant ein. Hierfür war in erster Linie die weltweite Covid-19-Pandemie verantwortlich, welche durch die Vielzahl möglicher Verlaufsszenarien auch eine Prognose der globalen wirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2021 erschwert. Neben der weltweiten Rezession stieg die Arbeitslosenquote in den OECD-Ländern stark an. Nationale Grenzsicherungen, die eingeführt wurden, um die Ausbreitung von Covid-19 zu verlangsamen, schränkten die Bewegungsfreiheit ein, mit negativen Folgen für die globale wirtschaftliche Entwicklung. Industrie, Handel und Gewerbe mussten 2020 weltweit ihre Produktion einschränken – je nach Verlauf der Pandemie und den national und regional unterschiedlichen Restriktionen für Beschäftigte und Verbraucher.

Infolgedessen ging der Energieverbrauch weltweit zurück. So sank nach Angaben von ENTSO-E, dem Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber, beispielsweise die gesamte Stromnachfrage in Deutschland im Vergleich zu 2019 um drei Prozent.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2020 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 5,0 % niedriger als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist somit nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten, ähnlich wie zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Der konjunkturelle Einbruch fiel aber im Jahr 2020 den vorläufigen Berechnungen zufolge insgesamt weniger stark aus als 2009 mit -5,7 %.

Die Corona-Pandemie hinterließ im Jahr 2020 deutliche Spuren in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Die Produktion wurde sowohl in den Dienstleistungsbereichen als auch im Produzierenden Gewerbe teilweise massiv eingeschränkt.

Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau, das gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, ging die preisbereinigte Wirtschaftsleistung gegenüber 2019 um 9,7 % zurück, im Verarbeitenden Gewerbe sogar um 10,4 %. Die Industrie war vor allem in der ersten Jahreshälfte von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen, unter anderem durch die zeitweise gestörten globalen Lieferketten.

Besonders deutlich zeigte sich der konjunkturelle Einbruch in den Dienstleistungsbereichen, die zum Teil so starke Rückgänge wie noch nie verzeichneten. Exemplarisch hierfür steht der zusammengefasste Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe, dessen Wirtschaftsleistung preisbereinigt um 6,3 % niedriger war als 2019. Dabei gab es durchaus gegenläufige Entwicklungen: Der Onlinehandel nahm deutlich zu, während der stationäre Handel zum Teil tief im Minus war. Die starken Einschränkungen in der Beherbergung und Gastronomie führten zu einem historischen Rückgang im Gastgewerbe.

Ein Bereich, der sich in der Krise behaupten konnte, war das Baugewerbe: Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung nahm hier im Vorjahresvergleich sogar um 1,4 % zu.

Auch auf der Nachfrageseite waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich sichtbar. Anders als während der Finanz- und Wirtschaftskrise, als der gesamte Konsum die Wirtschaft stützte, gingen die privaten Konsumausgaben im Jahr 2020 im Vorjahresvergleich preisbereinigt um 6,0 % zurück und damit so stark wie noch nie. Die Konsumausgaben des Staates wirkten dagegen mit einem preisbereinigten Anstieg von 3,4 % auch in der Corona-Krise stabilisierend, wozu unter anderem die Beschaffung von Schutzausrüstungen und Krankenhausleistungen beitrug.

Die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten preisbereinigt mit -3,5 % den deutlichsten Rückgang seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Dabei legten die Bauinvestitionen entgegen diesem Trend um 1,5 % zu. In Ausrüstungen – das sind vor allem Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurden im Jahr 2020 dagegen preisbereinigt 12,5 % weniger investiert als im Vorjahr. Die Investitionen in sonstige Anlagen – darunter fallen vor allem Investitionen in Forschung und Entwicklung – fielen ersten Schätzungen zufolge preisbereinigt um 1,1 %.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2020 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 477 000 Personen oder 1,1 % weniger als 2019. Damit endete aufgrund der Corona-Pandemie der über 14 Jahre anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit, der sogar die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 überdauert hatte. Besonders betroffen waren geringfügig Beschäftigte sowie Selbstständige, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stabil blieb. Vor allem die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit dürften hier Entlassungen verhindert haben.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2020 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 158,2 Milliarden Euro. Das war das erste Defizit seit 2011 und das zweithöchste Defizit seit der deutschen Vereinigung, nur übertroffen vom Rekorddefizit des Jahres 1995, in dem die Treuhandschulden in den Staatshaushalt übernommen wurden. Der Bund hatte mit 98,3 Milliarden Euro den größten Anteil am Finanzierungsdefizit, gefolgt von den Ländern mit 26,1 Milliarden Euro, den Sozialversicherungen mit 31,8 Milliarden Euro und den Gemeinden mit 2,0 Milliarden Euro. Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2020 eine Defizitquote von 4,8 %. Der europäische Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 % und die Zielgröße für die nationale Schuldenbremse wurden demnach deutlich verfehlt. Allerdings wurde die Anwendung beider Zielgrößen aufgrund der Corona-Pandemie für die Jahre 2020 und 2021 ausgesetzt.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen:

Um die wirtschaftlichen Einbrüche infolge der Covid-19-Pandemie abzumildern, hat die Bundesregierung im Laufe des Geschäftsjahres eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. So beschloss der Bundestag unter anderem im März eine gesetzliche Regelung, die sich auf Dauerschuldverhältnisse wie Strom- oder Gaslieferverträge bezog. Private Verbraucher und kleine Gewerbebetriebe durften demnach Zahlungen für Strom und Gas für drei Monate aussetzen, wenn sie nachweisen konnten, dass sie aufgrund der Covid-19-Pandemie in eine wirtschaftliche Schieflage geraten waren. Hiervon wurde in unserem Hause nur vereinzelt Gebrauch gemacht.

Anfang Juni 2020 hat die Bundesregierung ein 130 Mrd. € umfassendes Konjunkturpaket für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen, das unter anderem Mehrwertsteuerabsenkungen für das zweite Halbjahr 2020 vorsah. Weitere Mittel sollen in die Bereiche Energie, Klimaschutz und grüne Mobilität fließen. Allein 11 Mrd. € sind ab dem Jahr 2021 zur Stabilisierung der EEG-Umlage vorgesehen. Die Prämien des Bundes für den Kauf von Elektrofahrzeugen wurden verdoppelt und 2,5 Mrd. € sollen zusätzlich in den Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur fließen. Weitere Hilfsmaßnahmen für Ge-

werbe und Industrie wurden im Zuge der im November sowie Dezember 2020 verkündeten Einschränkungen des öffentlichen Lebens beschlossen. Das bereits Ende des Jahres 2019 von der Bundesregierung beschlossene Klimapakete, das unter anderem eine Bepreisung von CO₂-Emissionen im Gebäude- und Verkehrsbereich vorsah, wurde im November 2020 geändert. Demnach sind im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) insbesondere höhere Preispfade der CO₂-Zertifikate vorgesehen. Der Startpreis wird im Jahr 2021 bei 25 € je Tonne CO₂ liegen und schrittweise steigen, ehe er im Jahr 2025 ein Niveau von 55 € je Tonne erreichen wird. Erlöse aus dem BEHG sollen überwiegend zur Reduktion der EEG-Umlage verwendet werden. Unter zusätzlicher Nutzung allgemeiner Haushaltsmittel soll die EEG-Umlage somit im Jahr 2021 auf 6,5 ct/kWh und im Jahr 2022 auf 6 ct/kWh begrenzt werden.

Im Juni 2020 hat die Bundesregierung ihre Nationale Wasserstoffstrategie veröffentlicht. Ziel ist die Entwicklung eines Marktes insbesondere für aus regenerativen Quellen gewonnenen Wasserstoff. Die Strategie soll das Erreichen der Klimaziele unterstützen und Anreiz für Investitionen in Technologien sein, die auch exportiert werden können. Geplant ist ein Fördervolumen von circa 7 Mrd. €. Es soll unter anderem dazu beitragen, dass bis zum Jahr 2030 Elektrolyseure von bis zu 5 GW Gesamtleistung entstehen.

Das im August 2020 verabschiedete Kohleausstiegsgesetz (KAusG) regelt den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038. Unter anderem soll ein Kohleersatzbonus die Umrüstung insbesondere jüngerer Kraftwerke auf Gas (KWK) fördern. Details zum Ausbau und zur Förderung Erneuerbarer Energien wurden Ende 2020 mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gesetzlich geregelt. Enthalten sind darin unter anderem Ausbaupfade für den Zubau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie; außerdem enthält die Novelle Regelungen für den Weiterbetrieb von Erneuerbaren-Erzeugungsanlagen, deren Förderung ab dem 1. Januar 2021 ausgelaufen wäre.

Laut Berechnungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ist in Folge der Covid-19 Pandemie über das gesamte Jahr 2020 hinweg der Stromverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 4 % gesunken. Auch der Erdgasverbrauch ist im Vergleich zu 2019 um 3,4 % zurück gegangen. Erneuerbare Energien deckten im Jahr 2020 nach vorläufigen Berechnungen 46,3 % des Bruttostromverbrauchs.

Tourismuspolitische Rahmenbedingungen:

Die Tourismuswirtschaft ist eine der Wachstumsbranchen der deutschen Wirtschaft. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze und sorgt für umfangreiche zusätzliche Investitionen.

Die Bruttowertschöpfung der Tourismusbranche betrug laut Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Deutschland“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Jahr 2015 über 105 Milliarden Euro - das entspricht 3,9 % der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland und ist vergleichbar mit dem Einzelhandel (3,3 %) oder dem Maschinenbau (3,5 %).

Mehr als 2,9 Millionen Erwerbstätige waren in Deutschland im Jahr 2015 direkt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt – das sind 6,8 % der inländischen Gesamtbeschäftigung. Damit liegt der Tourismus noch vor dem Baugewerbe und dem Sektor Erziehung und Unterricht (beide 5,6 %) (Quelle: ebenda). Für die Bundesregierung zählt der Tourismus zu den Schlüsselbranchen in Deutschland.

Laut einer Untersuchung aus dem Jahr 2016 sorgt der Tourismus innerhalb der Stadt Norden für einen Bruttoumsatz von 168 Mio. Euro p.a. und sichert 4.200 Arbeitsplätze. Der touristische Einkommensbeitrag liegt bei 87 Mio. Euro p.a. und beträgt damit 16 % des Primäreinkommens. Die Stadt Norden erzielt dabei jährliche tourismusinduzierte Steuereinnahmen in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Quelle: dwif).

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem In- und Ausland in Beherbergungsbetrieben ab 10 Betten im Berichtsjahr 2020 pandemiebedingt um 39,0 % auf nur noch 302 Millionen gefallen (Vorjahr 496 Mio.). Die Anzahl der Ankünfte verringerte sich bundesweit um 48,6 % auf 98 Mio. (Vorjahr 191 Mio.). Laut Landesamt für Statistik Niedersachsen musste das Bundesland Niedersachsen in den gewerblichen Betrieben einen Übernachtungsrückgang von 35,0 % auf 30,0 Millionen (Vorjahr 46,0 Mio.) und einen Rückgang der Ankünfte um 43,4 % auf 8,7 Mio. (Vorjahr 15,4 Millionen) hinnehmen.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft stellte sich im Berichtsjahr trotz der widrigen Begleitumstände der Covid-19-Pandemie insgesamt recht erfreulich dar.

Entwicklung der Energie- und Wasserversorgung

Die Komplexität und Dynamik des Energiemarktes ist unverändert hoch. Die in Deutschland beschlossene Energiewende und die damit in Zusammenhang stehenden Klimaschutzprogramme führen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in der Energiebranche.

Die gestiegenen Ansprüche an Klimaschutz und Energieeffizienz, der zunehmende Wettbewerb sowie die weiterhin hinzukommenden Aufgaben im administrativen Bereich, resultierend aus der Regulierung der Energiemärkte, stellen das Unternehmen vor neue unternehmerische Anforderungen.

Die Strategie des Geschäftsbereichs Versorgung vor diesem Hintergrund für die kommenden Jahre lautet:

- Ausbau der regenerativen und effizienten Energieerzeugung
- Optimierung der Beschaffungsgrundlagen für Strom und Gas, auch in Kooperation mit befreundeten Stadtwerken in der Region im Rahmen der Kooperation Ostfriesischer Stadtwerke (KOS).
- Auf- und Ausbau von weiteren Kooperationsfeldern in der KOS, wie z.B. Materialeinkauf, Produktmanagement, Elektromobilität, etc.
- Imageverbesserung und Erhöhung der Kundenbindung vor Ort.
- Einstieg in neue Felder der Daseinsvorsorge, wie z.B. der Mobilitätsdienstleistungen

Der Geschäftsbereich Versorgung kann auf ein gutes Jahr 2020 zurückblicken. Bei einem Versorgungsumsatz von 28.790 T€ (VJ 28.347 T€) und einem Jahresergebnis der Versorgung von 1.920 T€ (VJ 1.084 T€), konnten die Sparten Strom, Gas und Wasser ein gutes Ergebnis erzielen, die Sparte Fernwärme schloss jedoch erneut strukturell bedingt mit einem negativen Ergebnis ab.

Fakt ist, dass mit den gegebenen infrastrukturellen Bedingungen, insbesondere im Fernwärmenetz Norddeich, ein kostendeckender Betrieb zu vertretbaren Endkundenpreisen nicht zu generieren ist. Das Problem beschäftigt die Gesellschaft seit mehreren Jahren, gewissermaßen seit Aufnahme des Betriebes des Fernwärmenetzes und des Baus des Holzheizwerks Lehmweg im Jahre 2003.

Durch eine Umstellung der Wärmeerzeugung, insbesondere eines Kapazitätsausbaus der Kraftwärmekopplung am Ocean Wave durch Inbetriebnahme weiterer BHKWs, ist es Ziel, das Holzheizwerk Lehmweg kurzfristig vollständig außer Betrieb zu nehmen. Im Berichtsjahr konnte die

Umsetzung dieses Ziels aufgrund genehmigungsrechtlicher Vorgaben noch nicht umgesetzt werden. Aktuell wird darüber nachgedacht, kostengünstige Abwärme aus einer Elektrolyseanlage zur Herstellung vom Wasserstoff, welche ggf. am Standort errichtet werden soll, einzusetzen.

Entwicklung Tourismus und Bäder

Das touristische Jahr 2020 wurde sehr stark durch die COVID-19-Pandemie beeinflusst. Auf einen starken Jahresbeginn folgte zwischen März und Mai der erste Lockdown, gefolgt von einer nachfragestarken Sommersaison. Der zweite Lockdown im Herbst machte dann alle Hoffnungen auf ein „normales“ Jahresergebnis zunichte. Insgesamt sanken die Gästeankünfte in Norden-Norddeich um 24,1 % auf 241.571 (Vorjahr 318.298). Die Anzahl der Übernachtungen ging um 17,6 % auf 1.619.872 zurück (Vorjahr 1.966.329). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer hat sich damit deutlich erhöht.

Infolge der stark rückläufigen Übernachtungszahlen verringerten sich im Vorjahresvergleich auch die Erlöse aus Kurabgaben um 13,8 % von 3.323 T€ auf 2.865 T€.

Im Erlebnisbad „Ocean Wave“ wurden incl. Sauna und Solarium im Jahr 2020 nur 64.999 Besucher gezählt. Dies sind 138.191 Besucher bzw. 68,0 % weniger als im Vorjahr (203.190 Besucher). Ursache für diesen starken Besucherrückgang sind die pandemiebedingten Schließungszeiten und die durch das notwendige Hygienekonzept reduzierten Besucherzahlen während der Öffnungsphasen. Das Bad erzielte einen Gesamtumsatz von 654 T€ (Vorjahr 1.738 T€), das entspricht einem Rückgang um 62,4 %.

Insgesamt verschlechterte sich das Ergebnis des Geschäftsbereichs Bäder im Vorjahresvergleich um 410 T€ auf -2.176 T€, das Ergebnis des Geschäftsbereichs Tourismus verbesserte sich um 121 T€ auf 1.905 T€. Die Sparte Tourismus und Bäder erreichte somit insgesamt ein Ergebnis von - 271 T€.

III. Ertrags-, Vermögens-, und Finanzlage

1. Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2020 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.644 T€ ausgewiesen (VJ Jahresüberschuss 1.349 T€). Damit weicht das Jahresergebnis positiv um 1.393 T€ von dem geplanten Ergebnis ab (geplanter Jahresüberschuss 2020: 251 T€).

Das gute Ergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus den auskömmlichen Margen im Energievertrieb, insbesondere im Bereich Gas. Hinzuweisen ist auf die erneute positive Planabweichung in der Sparte Tourismus und Bäder: Mit einem Jahresergebnis von -271 T€ schließt die Sparte trotz der COVID-19-Pandemie um 497 T€ besser als geplant ab.

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2020 33.358T€ (VJ 35.337 T€) und liegen damit 5,6 % unter dem Wert des Vorjahres.

Die Absatzzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2020	2019
Strom	45.647 MWh	46.660 MWh
Gas	228.507 MWh	236.831 MWh
Wärme	34.084 MWh	35.190 MWh
Wasser	1.302 Tm ³	1.267 Tm ³

Absatzrückgänge im Bereich Strom lassen sich insbesondere dadurch erklären, dass der Trend zur Bündelung des Filialbetriebes weiterhin anhält und somit Kundenverluste im Bereich der Gewerbekunden zu verzeichnen sind. Im Bereich Privatkunden kann der Marktanteil auf einem hohen stabilen Niveau gehalten werden. Die Absatzrückgänge im Bereich Wärme erklären sich insbesondere durch weitere wärmedämmende Modernisierungsmaßnahmen der angeschlossenen Liegenschaften. Zwar lag die Durchschnittstemperatur in Norden im Jahr 2020 erneut deutlich oberhalb des planungsrelevanten 5-Jahresmittel der Jahre 2013 bis 2019, aber trotz des warmen Jahres deutlich unter den Durchschnittstemperaturen des Vorjahres, was insgesamt zu einer Absatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr führte.

Die Segmentabschlüsse für das Stromnetz und das Gasnetz zeigen ein heterogenes Bild. So sank das Ergebnis des Segments Stromverteilung auf -32 T€ (VJ 185 T€); im Segment Gasverteilung verbesserte sich das Ergebnis auf -156 T€ (VJ -476 T€).

Die Wasserversorgung (Aufbereitung, Verteilung, Verkauf) erreichte ein Ergebnis von 4 T€ (VJ: 35 T€).

In der Sparte Tourismus und Bäder entwickelten sich die einzelnen Bereiche unterschiedlich. Im Marketing verringerte sich der Überschuss auf 321 T€ (VJ 627 T€), im Bereich Tourist-Info und Services erhöhte sich der Verlust auf 901 T€ (VJ 704 T€). Der Bereich Strand- und Kuranlagen konnte sein Vorjahresergebnis mit einem Defizit von 512 T€ (VJ 563 T€) verbessern. Die Unterdeckungen werden vollständig aus den Einnahmen des Gästebeitrages ausgeglichen.

Die Personalaufwendungen betragen 7.465 T€ (VJ 7.255 T€). Die Erhöhung in Höhe von 211 T€ (2,9 %) erklärt sich hauptsächlich durch die tariflichen Personalkostensteigerungen im Geschäftsjahr (1,06 %).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 756 T€ auf 4.056 T€ gesunken. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten sind die an die Stadt Norden (916 T€) und an die Samtgemeinde Hage (63 T€) abzuführenden Konzessionsabgaben (insgesamt 979 T€, VJ insgesamt 1.123 T€). Die nicht unerhebliche Reduzierung der gezahlten Konzessionsabgaben lässt neben des geringeren Absatzes in allen Sparten, Ausnahme Wasser, insbesondere durch die gesunkene Einwohnerzahl der Stadt Norden erklären, die im Berichtsjahr auf weniger als 25.000 gesunken ist, was wiederum Auswirkungen auf die Höhe der Konzessionsabgaben im Strombereich hat.

2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 50.576 T€ (VJ 46.682 T€). Das gestiegene Anlagevermögen hat einen erheblichen Anteil von 82,9 % (VJ 81,5 %) an der Bilanzsumme.

Im Jahr 2018 wurde auf Hinweis der Kommunalaufsicht eine Vereinbarung mit der Stadt Norden getroffen, die vorsieht, die im Jahre 2014/2015 im Rahmen der gesellschaftlichen Schieflage gewährte Kapitalstärkung in Höhe von 1.349 T€ aus Haushaltsmitteln, zurückzuführen. Hierbei wurde eine moderate Ratenzahlung vereinbart, die Teilzahlungen in den Jahren 2018 - 2020 in Höhe von jeweils 400 T€, sowie im Jahre 2021 in Höhe von 149 T€ vorsieht.

Aufgrund des Jahresüberschusses, unter Abzug der vorab erwähnten im Berichtsjahr erfolgten Teilrückzahlung aus der Kapitalrücklage, erhöht sich das Eigenkapital in Summe noch um 1.385 T€ auf nunmehr 19.099 T€ (VJ 17.854 T€). Dadurch ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 37,7 % (VJ 38,3 %). Die Prozentuale Reduzierung der Eigenkapitalquote, trotz der Steigerung des Eigenkapitals dem Werte nach, ergibt sich aus der aufgrund Investitionstätigkeit deutlich ausgeweiteten Bilanzsumme.

Die Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse haben sich planmäßig um 46 T€ vermindert.

3. Investitionen

Im Berichtsjahr nahm die WBN erheblichen Investitionen in Höhe von insgesamt 6.949 T€ vor. Dabei stechen die Investitionen zur Umsetzung des Masterplans Wasserkante in Höhe von 4.564 T€ heraus. Die Investitionen wurden im Wesentlichen durch die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 3.500 T€ und freier Liquidität aus Gewinnthesaurierungen der Vorjahre finanziert.

Der Investitionsplan für das Geschäftsjahr sah Gesamtinvestitionen in Höhe 9.073 T€ vor. Die Abweichung von 2.124 T€ zu den getätigten Investitionen lässt sich insbesondere dadurch erklären, dass der für 2020 anvisierte Neubau des Reinwasserbehälters (2.000 T€) aufgrund Verzögerungen bei der Erteilung der Baugenehmigung auf das Folgejahr verschoben werden musste.

4. Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 4.638 T€ (VJ 4.581 T€). Es wurden finanzielle Mittel für Investitionstätigkeiten (6.949 T€) sowie zur Tilgung von Darlehen (1.620 T€) eingesetzt. Damit haben sich die liquiden Mittel zum Jahresende um 469 T€ auf 3.212 T€ erhöht.

5. Personal

Zum Bilanzstichtag wurden 137 Mitarbeiter (Vorjahr: 138) beschäftigt. Im Geschäftsbereich Versorgung 84 (84) und im Geschäftsbereich Tourismus und Bäder 53 (54). Das Durchschnittsalter beträgt insgesamt 44,67 (43,81) Jahre. Im Bereich Versorgung ist der Schnitt etwas höher, dieser liegt momentan bei 45,08 (43,28) Jahren, während im Bereich TI & Bäder der Schnitt bei 44,02 (43,96) Jahren liegt. 25 (24) % der Mitarbeiter sind über 55 Jahre alt, insgesamt 10 (9) % über 60. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild.

Gruppe	<=25	26-30	31-35	36-40	41-45	46-50	51-55	56-60	61-65	>65	
Anzahl	9	10	17	22	12	16	17	21	13	0	137
%	7%	7%	12%	16%	9%	12%	12%	15%	10%	0%	
%	26%			25%		24%		25%			

Insbesondere aufgrund des steigenden Anteils der Mitarbeiter, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten werden, sieht die Geschäftsführung es weiterhin als notwendig an, für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Durch eine umfassende Personalplanung ist es im letzten Jahr gelungen, durch Renteneintritt entstandene oder sonstige vakante Stellen, frühzeitig zu besetzen. Hierbei ist hervorzuheben, dass viele Stellen durch eigene Auszubildende und junge Nachwuchskräfte besetzt werden konnten. Künftig soll diese Vorgehensweise durch das erarbeitete Personalentwicklungskonzept weiter intensiviert werden.

6. Nicht finanzielle Ziele

Neben den vorgenannten finanziellen Leistungsindikatoren und nicht finanziellen Leistungsindikatoren (Energie- und Wassermenge) verfolgt die WBN auch nichtfinanzielle Ziele:

Diverse Methoden, Vorgaben und Regeln für ein Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) gemäß ISO/IEC 27001 wurden im Geschäftsjahr 2020 weiterentwickelt. Die damit einhergehenden Eingriffe in die Organisation und Prozessabläufe der WBN zur dauerhaften Steuerung und Verbesserung der Informationssicherheit wurden durch interne und externe Überwachungsaudits im Juni und November 2020 erfolgreich bestätigt. Das für Dezember 2020 geplante externe

Audit zur Rezertifizierung durch die DEKRA musste leider aufgrund der Covid-19 Pandemie in Jahr 2021 verschoben werden.

Die WBN unterstützt traditionell das Engagement von Vereinen, Institutionen und Einrichtungen im sozialen karitativen Umfeld von Norden. Herausragend war im Jahr 2020 der Ausbau der Partnerschaft mit dem Fußball Club Norden. Hier konnten die Stadtwerke Norden, in Absprache mit dem Eigentümer, Stadt Norden, die Namensrechte für die Heimspielstätte des FC Norden erwerben, so dass die Spiele zukünftig in der „Stadtwerke-Norden-Arena“ ausgetragen werden.

7. Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2020 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH verlief trotz der pandemiebedingten negativen Begleitumstände erfreulich. Die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2020 konnten deutlich übertroffen werden.

C. Chancen und Risikobericht

Risiken:

Im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagementsystems werden die Risiken systematisch identifiziert und analysiert sowie hinsichtlich der potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Die bestehenden Risiken haben unterschiedliche Ursachen. Als wesentlich für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft sehen wir folgende, mit absteigender Gewichtung aufgeführte Risiken.

Marktrisiken

Die WBN ist im Zuge der Geschäftstätigkeit, wie andere Energieversorger auch, den Risiken der Energiemärkte ausgesetzt. In der Energiebeschaffung werden die bezugsseitigen Risiken durch Vollversorgungsverträge mit Vorlieferanten minimiert.

Eine mögliche weitere Verschärfung des Wettbewerbs kann zu einer Beeinträchtigung der Ertragslage führen.

Ausfallrisiken

Die Gefahr, dass Kunden ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen und dadurch beim liefernden Unternehmen finanzielle Verluste verursacht werden, ist latent vorhanden. Im Bereich von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2020 Forderungen in Höhe von 52 T€ (Vorjahr 67 T€) abgeschrieben. Mit einer Vielzahl von Kunden mussten Ratenzahlungsvereinbarungen vereinbart werden. Die Zusammenarbeit mit einem Inkassounternehmen sowie hiesigen Anwälten hat sich bewährt. Das Ausfallrisiko von Kundenforderungen wird dennoch grundsätzlich bestehen bleiben; belastbare Aussagen über deren genaue Höhe und konkreten Zeitpunkt können nicht gemacht werden. Dem generellen Ausfallrisiko wird zusätzlich über die Erfassung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Preisänderungsrisiken

Für Teilnehmer am Großhandelsmarkt können, aufgrund von schwankenden Preisen, Preisänderungsrisiken auftreten. Diese Preisschwankungen können zusätzlich abhängig vom Annahmeverhalten zu Gewinnen und Verlusten führen. Weiterhin besteht die Gefahr des Kundenwechsels bei zuvor für diesen Kunden getätigter Beschaffung. Die WBN hat in der Beschaffung sogenannte Vollversorgungsverträge ohne Take-or-Pay-Klauseln abgeschlossen. Dadurch sind die diesbezüglichen Risiken nahezu ausgeschlossen. Es werden nur die abgesetzten Mengen abgerechnet. Risiken bezüglich einer negativen Auswirkung auf das Ergebnis bestehen im Bereich der Privat- und

Kleingewerbekunden. Hier kann mit einer Preisanpassung gegengesteuert werden. Im RLM-Bereich werden die Energiemengen direkt für die Kunden mit Abschluss des Energieliefervertrages gekauft, wodurch keine Risiken auftreten.

Betriebsrisiken

In den Unternehmensbereichen werden Anlagen mit einem hohen Grad an technischer Komplexität und Vernetzung eingesetzt. Ein Ausfall von Komponenten kann die Leistungsfähigkeit und damit die Ertragskraft des Unternehmens beeinträchtigen. Diesen Risiken wird durch geprüfte Verfahren aus Wartung und Qualitätssicherung sowie durch die Schulung und Auswahl von qualifiziertem Personal begegnet.

Zum Schutz der sogenannten kritischen Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen und zugehöriger IT-Systeme der Energieversorgung wurden im Geschäftsjahr 2020 weitere Vorgaben aus dem Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) umgesetzt. Das Wiederholungsaudit zur Zertifizierung wurde erfolgreich durchlaufen.

Tourismus und Bäder

Im Bereich „Tourismus und Bäder“ bestehen weiterhin mittlere Risiken durch einen möglichen Rückgang der Besucher- und Übernachtungszahlen infolge externer Einflüsse (z.B. Erreichbarkeit, Ferienordnung, touristische Konkurrenz im In- und Ausland, Umweltkatastrophen, Wetter, Pandemien) sowie bei Änderungen der steuerlichen Regelungen und der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Geschäftsjahr 2021 wird die WBN gerade von diesem Risiko durch die weltweite Corona-Virus Ausbreitung stark getroffen. Nach dem von der Bundesregierung angeordneten Shut-Down Anfang November 2020, der bis zum Aufstellungsstichtag in verschiedenartiger Form anhielt, brachen Großteile der Monatsumsätze des Geschäftsbereichs für die Monate Januar bis März weg, so dass bereits per Ende April im Vergleich zum „Normaljahr“ 2019 Umsatzrückgänge in Höhe von rund 1,1 Mio. € prognostiziert werden müssen. Diese können nur zum Teil durch eingeleitete Kosteneinsparungen (Kurzarbeitergeld, Budgetkürzungen für Marketingmaßnahmen) aufgefangen werden, so dass für das Geschäftsjahr 2021 von einem deutlichen negativen Ergebnis ausgegangen werden muss.

Liquiditätsrisiken

Risiken, dass das Unternehmen möglicherweise nicht in der Lage ist, ausreichende Finanzmittel zu beschaffen, die zur Begleichung von eingegangenen Verpflichtungen notwendig sind, bestehen derzeit nicht. Für kurzfristige Liquiditätsengpässe sind entsprechende Kontokorrentlinien eingeräumt.

Umfeldrisiken

Das politische, rechtliche und gesellschaftliche Umfeld der Gesellschaft unterliegt einem beständigen Wandel. So bergen weltweite Krisensituationen mögliche Risiken in sich. Weiterhin können aufwendige Umsetzungen von Änderungen der Energiewende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen.

Zusammenfassend lassen sich bestandgefährdende Risiken, trotz der fortlaufenden Pandemielage derzeit nicht erkennen.

Chancen:

Im Privatkundensegment wird bei aktuell steigenden Beschaffungspreisen und unter der Annahme von tagesaktueller Beschaffung durch Wettbewerber von einer preislichen Entspannung auf der Vertriebsseite ausgegangen.

Im Finanzergebnis macht sich das bei bisher weiter fallendem Zinsniveau positiv bemerkbar. Durch den Auslauf von Festzinsvereinbarungen in Bestandsdarlehen in den kommenden Geschäftsjahren werden die Zinsaufwendungen weiterhin sinken. Auch die zu erwartenden Darlehensaufnahmen für Investitionen werden, unter Berücksichtigung der den Darlehensübernahmen gegenüberstehenden jährlichen Tilgungsleistungen in den Bestandsdarlehen, an diesem mittelfristigen Trend nichts ändern.

Durch weitere Optimierungen des Forderungsmanagements sollen Forderungen besser verfolgt und damit Forderungsausfälle möglichst weiter vermieden bzw. noch reduziert werden.

Durch die umfangreichen Investitionen am Masterplan Wasserkante wird die Tourismusdestination Norden-Norddeich nachhaltig attraktiviert. Die Attraktivierung soll die erfolgreiche Stellung Norden-Norddeichs im Markt festigen, ggf. sogar weiter ausbauen um dadurch für die Zukunft durch die Gäste für alle vor Ort tätigen Unternehmen im Tourismus, die Grundlage zu schaffen, erfolgreich tätig sein zu können.

D. Ausblick und Prognosebericht

Die Gesellschaft geht in ihrer ursprünglichen im Dezember 2020 aufgestellten Wirtschaftsplanung von einem positiven Jahresergebnis von 321 T€ in 2021 und ebenfalls einem positiven Ergebnis dieser Größenordnung in 2022 aus. Hierbei tragen die Sparten Strom und Gas ganz wesentlich zum Ausgleich der Verluste in den Bereichen Wärme, Wasser und Bäder bei.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplanes war die dritte Covid-19-Infektionswelle noch nicht vorhersehbar und Ihrer Härte – bis heute befinden wir uns im Lockdown – nicht abschätzbar. Aufgrund dieser Einschränkungen auf das öffentliche Leben erwarten wir nunmehr für das Geschäftsjahr 2021 einen deutlich niedrigeren Umsatz im Geschäftsbereich Tourismus/Bäder, in Folge dessen dort ein stark negatives Ergebnis. Die derzeit hohe Ungewissheit und die daraus resultierenden Folgen lassen zum jetzigen Zeitpunkt noch keine hinreichend konkrete Abschätzung der Auswirkungen auf die Prognose der Geschäftsentwicklung im Bereich Tourismus zu.

Erfreulich war hingegen die Absatzentwicklung im Bereich Gas in den ersten drei Monaten des Jahres 2021. Aufgrund der kalten Witterung – im Februar erreichten wir in Deutschland vielerorts negative Rekordtemperaturen – erwarten wir eine Absatzsteigerung von ca. 17 % im ersten Quartal.

Die Sparte Tourismus und Bäder konnte bedauerlicherweise den im Vorjahr erstmals erwirtschafteten Gewinn aufgrund der äußeren Umstände im Berichtsjahr nicht wiederholen. Seit Anfang 2017 wird sukzessive ein neues Tourismuskonzept für Norden-Norddeich umgesetzt, das 2015 erarbeitet wurde. Auf der Grundlage dieses Konzeptes wird das Ziel verfolgt, Norden-Norddeich als Tourismusdestination mit neuen Impulsen aufzuwerten und sich den veränderten Marktbedingungen anzupassen. Die für 2021 vorgesehene Evaluation des Konzeptes musste coronabedingt verschoben werden.

Wichtigstes Projekt aus dem Tourismuskonzept ist die Neugestaltung des Vordeichgeländes mit einem geschätzten Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 16 Mio. €. Eine Realisierung erfolgt sukzessive in Teilabschnitten. Der „Masterplan Wasserkante“ beabsichtigt eine zielgruppengerechte Aufwertung und barrierefreie Gestaltung des Strandbereiches. Die Realisierung des ersten Bauabschnittes vor der Drachenwiese erfolgte weitestgehend im Sommer 2019. Eine weitere Umsetzung des Masterplans Wasserkante auf der Westseite ist für die Jahre 2021 und 2022 geplant. Für das Jahr 2021 sind Gesamtinvestitionen in Höhe von etwa 9 Mio.€ vorgesehen. Aufgrund des relativ hohen Volumens wurde erstmals ein externer Projektsteuerer eingesetzt.

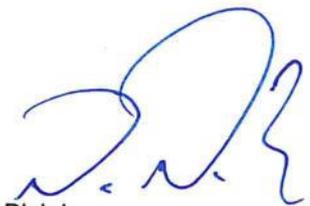
Norden, 31. März 2021



Dipl.-Kfm.
Armin Korok
Geschäftsführer



Dipl.-Wirtschaftsjurist
Thorsten Schlamann, LL.M.
Geschäftsführer



Dipl.-Ing.
Wolfgang Völz
Geschäftsführer

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Bilanz zum 31.12.2020

Aktivseite

	Euro	31.12.2020 Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	350.425,92		449.783,50
2. Geleistete Anzahlungen	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		350.425,92	449.783,50
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.372.930,01		12.599.639,43
2. Technische Anlagen und Maschinen	22.318.245,17		22.229.135,82
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.301.180,13		1.377.761,41
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>2.361.171,64</u>		<u>1.125.051,08</u>
		41.353.526,95	37.331.587,74
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	6.936,77		8.436,77
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00		0,00
3. Genossenschaftsanteile	640,00		640,00
4. Sonstige Ausleihungen	<u>240.568,48</u>		<u>249.634,38</u>
		248.145,25	258.711,15
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	498.390,42		491.383,33
2. Unfertige Leistungen	590,41		1.787,19
3. Geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		498.980,83	493.170,52
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.494.377,28		2.481.795,04
2. Forderungen gegen Gesellschafter	238.160,36		166.888,87
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.042.102,10</u>		<u>2.610.995,90</u>
		4.774.639,74	5.259.679,81
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			
		3.212.209,40	2.743.123,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	<u>137.674,66</u>		<u>146.390,13</u>
		137.674,66	146.390,13
BILANZSUMME		<u><u>50.575.602,75</u></u>	<u><u>46.682.445,90</u></u>

	Passivseite		
	Euro	31.12.2020 Euro	Vorjahr Euro
<u>A. Eigenkapital</u>			
I. Gezeichnetes Kapital	11.800.000,00		11.800.000,00
II. Kapitalrücklage	2.237.859,25		2.637.859,25
III. Gewinnrücklage	558.154,47		558.154,47
IV. Gewinnvortrag	2.858.462,26		1.509.177,37
V. Jahresüberschuß	<u>1.644.350,01</u>		<u>1.349.284,89</u>
		19.098.825,99	17.854.475,98
<u>B. Empfangene Ertragszuschüsse</u>			
		32.315,48	78.197,26
<u>C. Rückstellungen</u>			
1. Steuerrückstellungen	561.056,02		0,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>1.647.057,01</u>		<u>1.403.727,89</u>
		2.208.113,03	1.403.727,89
<u>D. Verbindlichkeiten</u>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.414.328,87		20.793.227,53
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	222.448,19		224.894,34
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.010.258,58		2.684.522,59
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	89.692,38		110.698,59
5. Sonstige Verbindlichkeiten, - Steuerverbindlichkeiten: € 105.887,06 (Vorjahr: € 1.867.909,56)	<u>3.421.819,23</u>		<u>3.452.094,72</u>
		29.158.547,25	27.265.437,77
<u>E. Rechnungsabgrenzungsposten</u>			
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten		77.801,00	80.607,00
<u>BILANZSUMME</u>		<u><u>50.575.602,75</u></u>	<u><u>46.682.445,90</u></u>

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2020

	Euro	01.01.-31.12.2020 Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	35.564.007,77		37.610.439,96
abzüglich Stromsteuer	-935.523,75		-955.926,67
abzüglich Energiesteuer	<u>-1.270.122,59</u>		<u>-1.317.627,29</u>
		33.358.361,43	35.336.886,00
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		411.229,63	358.219,60
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>1.485.711,69</u>	<u>706.030,77</u>
		35.255.302,75	36.401.136,37
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	16.215.003,79		16.430.047,49
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.844.080,79</u>		<u>1.995.061,05</u>
		18.059.084,58	18.425.108,54
5. Personalaufwand:			
a) Löhne und Gehälter	5.854.822,00		5.696.249,29
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, (davon für Altersversorgung: 370.466,90 €) (Vorjahr 371.708,96 €)	<u>1.610.646,80</u>		<u>1.558.525,50</u>
		7.465.468,80	7.254.774,79
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.008.774,93	3.352.070,33
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		4.056.046,97	4.811.729,30
8. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		5.816,56	5.269,03
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 260,20 (Vorjahr 513,07)		9.112,66	5.166,26
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen		1.500,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, - davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 4.213,78 (Vorjahr 7.269,06)		533.156,01	585.470,11
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>432.811,38</u>	<u>556.472,60</u>
13. Ergebnis nach Steuern		1.713.389,30	1.425.945,99
14. Sonstige Steuern		<u>69.039,29</u>	<u>76.661,10</u>
15. Jahresüberschuss		<u><u>1.644.350,01</u></u>	<u><u>1.349.284,89</u></u>

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Anhang für das Geschäftsjahr 2020

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Norden und wird beim Amtsgericht Aurich unter HRB 100756 geführt.

II. Angaben zur Form und Darstellung des Abschlusses

Der Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) ist nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Anhang folgt in seiner Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen werden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Berücksichtigung von Fertigungs- und Materialgemeinkostenzuschlägen bewertet. Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Das Sachanlagevermögen der Versorgungsbereiche wird linear und degressiv, die betriebstypischen Anlagen der Bäder werden linear abgeschrieben.

Die Abschreibungen werden bei Gebäuden linear über die Nutzungsdauer von 50 Jahren vorgenommen.

Die Nutzungsdauer bei technischen Anlagen und Maschinen beträgt zwischen 10 und 35 Jahren, bei anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung 4 bis 20 Jahre.

Das Meerwasser-Hallenwellenbad „Ocean Wave“ wird über einen Zeitraum von 33 Jahren abgeschrieben. Die technische Einrichtung unterliegt Nutzungsdauern zwischen 7 und 25 Jahren.

Angeschaffte geringwertige Anlagegüter bis zu einem Wert von 800 € werden im Anschaffungsjahr abgeschrieben. Vermögensgegenstände mit höheren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten werden planmäßig linear über die übliche Nutzungszeit abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Ausleihungen sind zum Nominalwert bilanziert.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit den fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Marktpreisen unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten unter Einbeziehung von Lohn- und Materialgemeinkosten bilanziert.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Nennwerten unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken angesetzt.

Die flüssigen Mittel werden am Bilanzstichtag zum Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum an diesem Zeitpunkt darstellen.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden seit 2003 passivisch vom dazugehörigen Anlagegut abgesetzt und über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Bis zum Jahr 2002 wurden die von den Anschlussnehmern erhobenen Baukostenzuschüsse in den Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse eingestellt. Der Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse wird jährlich mit 5 % der Ursprungsbeträge aufgelöst. Im Jahr 2020 wurden 46 T€ aufgelöst.

Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Als passiver Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Latente Steuern ergeben sich grundsätzlich aus sich in den Folgejahren wieder ausgleichenden Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen, sofern sich daraus zukünftige Steuerbe- oder -entlastungen ergeben. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit dem Steuersatz, der zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Umkehrung der Differenzen anzuwenden ist. Dabei handelt es sich um den kombinierten Steuersatz aus der Körperschaftsteuer in Höhe von 15 %, Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % sowie Gewerbesteuer von 13 % (Hebesatz von 380 %). Ansatz- und Bewertungsunterschiede zwischen der Handels- und der Steuerbilanz ergeben sich bei den sonstigen Rückstellungen. Zudem bestehen steuerliche Verlustvorträge. Vom Wahlrecht zur Aktivierung des aktivischen Überhangs der latenten Steuern wird kein Gebrauch gemacht.

IV. Angaben zu Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im anliegenden Anlagenspiegel dargestellt. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um die EDV-Software sowie um ein Wassergewinnungsrecht in der Samtgemeinde Hage.

Unter den Finanzanlagen werden Beteiligungen (im Wesentlichen Windenergie Leegland Verwaltungs GmbH, Norden) sowie Darlehen an Mitarbeiter ausgewiesen. Der Betrag der Laufzeit größer 1 Jahr betrug 231 T€ (VJ: 241 T€). Im Berichtsjahr wurde auf die Beteiligungen eine außerordentliche Abschreibung von 2 T€ vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Ablesung der Verbrauchswerte erfolgte zum Jahresende in der Zeit 11/2020 - 12/2020 mit einer anschließenden Hochrechnung auf das Jahresultimo. Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen größtenteils Forderungen an das Hauptzollamt (446 T€; VJ 251 T€), Forderungen an das Finanzamt (748 T€; VJ 666 T€) sowie Forderungen aus der Abrechnung von Umlagen des Energiebezuges (554 T€; VJ 309 T€).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die Kapitalrücklage in Höhe von 2.238 T€ (VJ: 2.638 T€) speist sich zum einen aus einer Kapitaleinlage der Gesellschafterin aus dem Jahr 2014 in Höhe von 1.349 T€, die zum Bilanzstichtag noch mit 149 T€ (VJ: 549 T€) valuiert und voraussichtlich im Jahr 2021 planmäßig vollständig zurückgezahlt wird. Zum anderen in Höhe von 2.089 T€ (wie Vorjahr) aus den kumulierten Kapitalrücklagen der ehemaligen Verschmelzungsgesellschaften Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (alt), Stadtwerke Norden GmbH (jetzt WBN) und Kurbetriebs GmbH, die im Jahre 2003 auf die Stadtwerke Norden GmbH verschmolzen worden sind. Im Anschluss erfolgte damals die Umfirmierung der Stadtwerke Norden GmbH auf Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen mit einer Laufzeit von größer einem Jahr sind abzuzinsen. Auf- und Abzinsungseffekte werden im Zinsergebnis dargestellt.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen:

	2020	2019
Personalverpflichtungen	560 T€	483 T€
Instandsetzungs-/Rückbauverpflichtungen	700 T€	682 T€
sonstiges	387 T€	239 T€

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt unter Zugrundelegung eines fristadäquaten Rechnungszinssatzes von durchschnittlich 2,5 % p.a. sowie mit einem Gehaltstrend von 2,5 % p.a. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden für zum

Bilanzstichtag bereits abgeschlossene und zukünftige potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der Gesellschaft.

Die Verpflichtungen aus den Altersteilzeitverpflichtungen werden mit den Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (sog. Deckungsvermögen), verrechnet. Die Bewertung des Deckungsvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der auch den Anschaffungskosten entspricht (T€ 131). Da das Deckungsvermögen in erster Linie einer insolvenzrechtlichen Absicherung dient, wurden hieraus keine signifikanten Erträge erwirtschaftet.

Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr von 1.775 T€ (VJ 1.879 T€) und Verbindlichkeiten mit mehr als 1 Jahr Restlaufzeit in Höhe von 20.640 T€ (VJ 18.914 T€) enthalten. Davon hat ein Teilbetrag von 13.794 T€ (VJ 12.508 T€) eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen im Wesentlichen Forderungen der Stadt Norden aus Überzahlungen aus endabgerechneten Verbräuchen. Daraus aus Lieferungen und Leistungen 90 T€ (VJ: 53 T€) und aus Konzessionsabgaben in Höhe von 0 T€ (VJ: 58 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind größtenteils kommunalverbürgt. Hierfür wird ein marktüblicher Avalzins an den Avalgeber in Höhe von 53 T€ (VJ: 57 T€) gezahlt.

Die Restlaufzeiten der übrigen Verbindlichkeiten betragen wie im Vorjahr unter einem Jahr.

V. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Versorgung betreffen für die Gas- und Stromversorgung im Wesentlichen das Kerngebiet der Stadt Norden und den Stadtteil Norddeich, für die Wasserversorgung das Kerngebiet der Stadt Norden und der Samtgemeinde Hage sowie für die Wärmeversorgung Wärmenetze in Norden und Norddeich. Hinzu kommen Stromlieferungen in diversen fremden Elektrizitätsverteilungsnetzen, im Wesentlichen im EWE Netzgebiet.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Bäder werden im Wesentlichen durch das Freizeit- und Erlebnisbad Ocean Wave erzielt.

<u>Umsatzerlöse</u>	<u>2020</u>	<u>2019</u>
Stromversorgung	14.121 T€	13.774 T€
Gasversorgung	8.820 T€	8.857 T€
Wärmeversorgung	2.221 T€	2.215 T€
Wasserversorgung	2.502 T€	2.455 T€
Tourismus und Bäder	1.146 T€	2.832 T€
Kurbeitragskasse	3.077 T€	3.547 T€

Nebenbetriebe	497 T€	458 T€
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	46 T€	75 T€
sonstige Umsatzerlöse	929 T€	1.123 T€

Sonstige betriebliche Erträge

Enthalten sind u. a. Erträge aus Anlageverkäufen (14 T€, VJ 25 T€) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (2 T€; VJ 7 T€). Die Anlagenverkäufe erfolgen grundsätzlich auf Basis marktadäquater Schätzpreise.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung beliefen sich im Berichtsjahr auf 370 T€ (VJ 396 T€). Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH ist Mitglied der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Karlsruhe. Zweck der Anstalt ist es, den Arbeitnehmern im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Seit dem 01.07.2018 beträgt der Umlagesatz der VBL, bei dem alle Mitarbeiter versichert sind, einschließlich 1,81 % Arbeitnehmeranteil 8,26 % der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Die Summe der umlagepflichtigen Vergütungen für das Berichtsjahr betrug 5.600 T€ (VJ 5.817 T€). Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im sog. Umlageverfahren (Abschnittdeckungsverfahren) erfolgt, bestehen Unterdeckungen für künftige Versorgungslasten. Die Höhe der Unterdeckung kann unternehmensindividuell nicht ermittelt werden. Diese Versorgungslasten sind als mittelbare Pensionsverpflichtungen anzusehen. Deshalb ist ein Ansatz in der Bilanz unterblieben (Art. 28 Abs. 1 EGHGB).

<u>Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten</u>	<u>2020</u>	<u>2019</u>
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	132	131
davon im Bereich Versorgung	80	77
davon im Bereich Tourismus/Bäder	52	54

Auszubildende sind im Jahresdurchschnitt nicht berücksichtigt.

Von der Möglichkeit der Altersteilzeit (ATZ) machten im Berichtsjahr vier Mitarbeiter Gebrauch. Alle Mitarbeiter haben sich für das sogenannte Blockmodell entschieden. Zum 31.12.2021 befanden sich zwei Mitarbeiter in der Arbeits- und zwei Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Wesentlicher sonstiger betrieblicher Aufwand

	<u>2020</u>	<u>2019</u>
Konzessionsabgabe	979 T€	1.123 T€
Werbekosten	401 T€	496 T€
Mieten, Pachten und Leasing	426 T€	546 T€
EDV-Kosten	695 T€	700 T€
Gebühren und Beiträge	317 T€	296 T€
Versicherungen	168 T€	163 T€
Prüfungs- und Beratungskosten	120 T€	186 T€
Übrige Dienstleistungen	342 T€	551 T€
Sonstiges	607 T€	751 T€

Periodenfremde Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen enthalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 69 T€ (VJ 110 T€); Verluste aus Anlageabgängen (18 T€; VJ 44 T€) und Abschreibungen auf Forderungen (52 T€; VJ 67 T€).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen:

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 4 T€ (VJ 7 T€) sowie Avalprovisionen an verbundene Unternehmen in Höhe von 53 T€ (VJ 57 T€) enthalten.

VI. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen Abnahmeverpflichtungen gegenüber dem Strom- und Gaslieferanten auf Basis abgeschlossener Strom- und Gaslieferverträge im branchenüblichen Umfang.

Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverhältnissen betreffen im Wesentlichen den Fuhrpark sowie betrieblich genutzte Grundstücke und betragen für die Jahre 2021 – 2024 1.354 T€. Ein nennenswertes Bestellobligo liegt nicht vor.

VII. Angaben gemäß Energiewirtschaftsgesetz (§ 6b Abs. 3 EnWG)

Der buchhalterischen Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen Rechnungslegung ist nach § 6b Abs. 3 EnWG unter Einbeziehung getrennter Konten Rechnung getragen worden.

Aus der internen Betriebsabrechnung heraus wurden die einzelnen Positionen den Haupt- und Nebenkostenstellen zugewiesen. Konnten einzelne Kosten oder Erträge nicht direkt diesen Kostenstellen zugewiesen werden, so wurden diese zunächst separaten Hilfskostenstellen zugeordnet. Unter Verwendung verursachungsgerechter Schlüssel erfolgte dann die vollständige Verteilung auf die segmentierten Kostenstellen.

Die Umlage der Hilfskostenstellen erfolgt in zwei Schritten. Zunächst erfolgt die Verteilung der Gemeinkosten auf die Geschäftsfelder anhand des Restbuchwertes des Anlagevermögens auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten, eines Personalschlüssels sowie des Umsatzschlüssels. Dann werden die Kosten in die entsprechenden Segmente für Strom und Gas verteilt anhand des Umsatzes, der Anlagenzuordnung und durch Personalkennzahlen.

VIII. Sonstige Angaben

Folgende wesentliche Beteiligungen gem. § 285 Nr. 11 HGB bestanden zum Jahresende:

Name und Sitz	Anteil %	Gezeichnetes Kapital €	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
Windenergie Leegland Verwaltungs GmbH, Norden*	34	30.000,00	17.301,15	- 4.232,97

Erläuterung (*): bezieht sich auf Jahresabschluss 2019, da 2020 noch nicht testiert vorliegt.

Geschäftsführer:

Herr Dipl.-Kfm. Armin Korok, Geschäftsführer Tourismus und Bäder

Herr Dipl.-Wirtschaftsjurist Thorsten Schlamann, LL.M., Kaufmännischer Geschäftsführer

Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Völz, Technischer Geschäftsführer

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen insgesamt 408 T€.

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Beigeordneter	Wolfgang Sikken	Aufsichtsratsvorsitzender Direktor des Amtsgerichts a. D.
Ratsfrau	Karin Albers	Vertreterin des Aufsichtsratsvorsitzenden Finanzwirtin i. R.
Arbeitnehmersvertreter	Manuel Diekmann	Leiter Vertrieb, Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden
Beigeordneter	Rainer Feldmann	Geschäftsführer, Dipl.-Ing. Landschafts- und Kulturbauverband Aurich, Südbrookmerland
Beigeordnete	Dorothea van Gerpen	Kommunalbeamtin i.R.
Beigeordneter	Volker Glumm	Inhaber einer Nachhilfeschule in Norden
Ratsherr	Wolfgang Hinrichs	Industriefacharbeiter Volkswagen AG, Emden
Ratsherr	Hermann Reinders	Hotelier in Norden
Bürgermeister	Heiko Schmelzle	Stadt Norden
Ratsherr	Johannes Wallow	Auktionator in Norden
Ratsherr	Theo Wimberg	Schulleiter i.R.

Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat

Die Vergütungen an den Aufsichtsrat beliefen sich auf 6 T€ (VJ 6 T€).

<u>Honorare des Abschlussprüfers</u>	<u>2020</u>
Abschlussprüfungsleistungen	33 T€
Steuerberatungsleistungen	0 T€
Bestätigungsleistungen	11 T€
Sonstige Leistungen	0 T€

Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 1.644.350,01 €. Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

I. Nachtragsbericht

Der Ausbruch und die Verbreitung des neuartigen Corona Virus (CO-VID-19) haben auch 2021 weiterhin weltweit gravierende, auch wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen. Aktuell befinden wir uns noch im Lockdown um die dritten Infizierungswelle zu brechen.

Die Gesellschaft ist insbesondere im Geschäftsbereich Tourismus/Bäder von den Auswirkungen des laufenden Lockdowns betroffen. Möglichen Geschäftsbeeinträchtigungen für das Laufende Geschäftsjahr sind jedoch nicht hinreichend abschätzbar. Diese werden sich aber leicht bis deutlich auf die Umsatz- und Ergebnisentwicklung auswirken. Diese möglichen Auswirkungen werden fortlaufend analysiert. Zu weiteren Ausführungen wird auf den Lagebericht verwiesen.

Des Weiteren haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

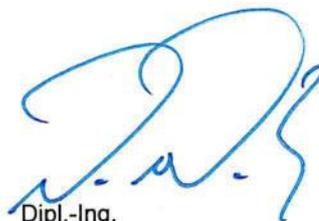
Norden, 31.03.2021



Dipl.-Kfm.
Armin Korok
Geschäftsführer



Dipl.-Wirtschaftsjurist
Thorsten Schlamann, LL.M.
Geschäftsführer



Dipl.-Ing.
Wolfgang Völz
Geschäftsführer

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

18. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 20. August 2021 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prü-

fung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt

sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der

Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN***Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG****Prüfungsurteile*

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“, „Gasverteilung“ und „Messstellenbetrieb“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung des Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entspricht.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.“